

Juliane Lang: Juliane.lang@staff.uni-marburg.de

Abstract zum Vortrag

Geschlecht als Kampfarena: autoritäre Tendenzen in Geschlechter- und Familienpolitik

auf der Tagung: „Haltung zeigen – Antifeminismus solidarisch begegnen“

Den Zusammenhang zwischen Antifeminismus und Autoritarismus sehe ich nicht nur im „Rechtspopulismus“. Antifeministisches Denken findet sich ebenso wie verschiedene Dimensionen autoritärer Einstellungen in breiteren Teilen der Gesellschaft – in gesellschaftlichen Normen und staatlichen Politiken. Als autoritär fasse ich hier all jene Politiken, die das Allgemeine über das Wohl des Individuums stellen und besonders im Bereich der Geschlechterpolitiken auf die geschlechtliche und nicht selten körperliche Zurichtung des Individuums zugunsten einer rigiden (Geschlechter-)Norm setzen. Das schränkt die Freiheit der Einzelnen ein, über ihr Privatleben oder sogar ihre Körper selbst zu bestimmen. Im Vortrag gehe ich dem komplexen Wechselspiel zwischen autoritären Einstellungen der Einzelnen und autoritären Dynamiken moderner Gesellschaften nach und befrage die beiden *Mitte-Studien* (Decker et al 2018; Zick et al 2019) nach Erklärungsmodellen. An Fallbeispielen lässt sich aufzeigen, wie auf Politiken der Diversifizierung von Lebensweisen wiederum rechts-autoritäre Gegenmobilisierungen folgen: so provozierte die jahrelange Debatte um die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften jahrelangen lautstarken Gegenwind – auch wenn an ihrer letzten Verabschiedung im Sommer 2017 nun nicht mehr zu rütteln ist.

Und doch finden sich demokratiethoretische Dilemmata, die sich u.a. an der Verabschiedung der *Ehe für alle* aufzeigen lassen: zum einen erfolgten Gesetzesänderungen zu geschlechter- und sexualitätsbezogenen Themen in den vergangenen Jahren nicht selten erst nach expliziter Ermahnung durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Zum anderen waren es nicht selten dieselben Politiker*innen, die Bürger*innen zu mehr privater Vorsorge fürs Alter ermuntern, die sich schon früh für die gleichgeschlechtliche Ehe aussprechen: als Versorgungs- und Verantwortungsgemeinschaft, und damit als Korrektiv eines Abbaus des Sozialstaats. Die vermeintlich anti-autoritäre Liberalisierung geschlechtlicher und sexueller Lebensweisen wird damit zum Teil von Entdemokratisierungsprozessen – und gehört als dieser diskutiert.